

Markus Löning

- (A) Lassen Sie mich zum Schluss noch einige Worte zu den Themen EZB und **Euro** sagen. Es ist wichtig, dass wir in den Debatten um die Finanz- und Konjunkturkrise klar herausstellen, dass die auf Geldwertstabilität ausgerichtete Politik der Europäischen Zentralbank die richtige Politik war und auch in Zukunft die richtige Politik ist. Es ist richtig, es ist gut für uns, und es hat uns in der Krise geschützt, dass wir den Euro haben. Gemeinsam sind wir dadurch stärker, dass wir den Euro haben, meine Damen und Herren.

(Beifall bei der FDP sowie bei Abgeordneten der CDU/CSU und der SPD)

Ich denke, es ist jetzt die richtige Zeit, insbesondere Dänemark und Schweden noch einmal einzuladen, sich der Eurozone anzuschließen. Je größer die Eurozone ist, je mehr stabile Volkswirtschaften der Eurozone angehören, umso besser für uns.

(Beifall bei der FDP sowie bei Abgeordneten der SPD)

Eines darf in diesem Zusammenhang aber nicht passieren: Es darf keine Aufweichung der **Maastricht-Kriterien** geben. Dann ist es sofort vorbei mit der Stabilität. Es darf keine Aufweichung der Kriterien für den Beitritt zur Eurozone geben. Auch dann ist es nämlich sofort vorbei mit der Stabilität. Wir werden auch in Zukunft darauf achten müssen, dass der Euro eine stabile, solide Währung bleibt. Das heißt: keine Rabatte im Zusammenhang mit den Kriterien, keine Rabatte gegenüber denjenigen, die jetzt laut an die Tür klopfen. Lassen Sie uns den Euro auch in Zukunft stabil halten!

(B)

Vielen Dank.

(Beifall bei der FDP)

**Präsident Dr. Norbert Lammert:**

Ulrich Kelber ist der nächste Redner für die Fraktion der SPD.

(Beifall bei der SPD)

**Ulrich Kelber (SPD):**

Herr Präsident! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Die Ergebnisse des europäischen Gipfels sind für den internationalen Klimaschutz eine Lebensversicherung. Die Ergebnisse dieses Gipfels machen möglich, dass die Weltklimakonferenz 2009 in Kopenhagen zu einem guten Ergebnis kommen kann. Europa hat gehandelt, Europa hat Einigungsfähigkeit bewiesen und hat damit erreicht, dass jetzt der Druck auf anderen Industriestaaten liegt, vor der Weltklimakonferenz ebenfalls klar zu sagen, was ihr Beitrag sein soll. Erst das europäische Handeln ermöglicht es dem neuen amerikanischen Präsidenten Barack Obama, in den USA zu handeln, weil er darauf verweisen kann, dass Europa zum Beispiel bei der Schaffung eines europäischen Handelssystems in Vorleistung getreten ist.

(Beifall bei der SPD)

Die **Europäische Union** hat jetzt klar definiert: Wir werden die **CO<sub>2</sub>-Emissionen** bis 2020 gegenüber 1990

um **20 Prozent** senken, unabhängig davon, was andere tun. Handeln die anderen Industriestaaten auch, wird Europa die Emissionen um 30 Prozent senken. Ich erwarte allerdings von der Europäischen Union, dass sie in 2009 neben der jetzt beschlossenen Strategie zur 20-prozentigen Minderung auch sagt, wie sie diese 30 Prozent erreichen will, um damit in Kopenhagen eine noch bessere Ausgangsposition zu haben.

(Beifall bei der SPD)

Wir in **Deutschland** sind ein Stückchen weitergegangen. Wir haben eine **40-prozentige Reduktion** bis 2020 zugesagt. Wir haben dafür bereits über 30 Gesetze und Verordnungen in Kraft gesetzt und die Förderung in vielen Bereichen vervielfacht. Wir haben diese 40 Prozent noch nicht voll abgedeckt, aber einen großen Teil. Ein weiteres Beispiel: Die SPD-Fraktion hat in der letzten Woche einen Antrag zum Klimaschutz in der Landwirtschaft beschlossen, wodurch eine weitere Einsparung von 50 bis 60 Millionen Tonnen CO<sub>2</sub> ermöglicht wird und damit die 40 Prozent weiter abgedeckt werden.

(Beifall bei der SPD)

Ganz wichtig: Deutschland wird die CO<sub>2</sub>-Emissionen bis 2020 um 40 Prozent senken. Wenn die Amerikaner dem Ziel von Obama folgen, würde dies die Emissionen weltweit stabilisieren. Wir sollten uns in Europa also nicht unnötig kleinreden. International wird unsere Führungsrolle im Klimaschutz nach wie vor anerkannt.

(Beifall bei der SPD)

Wir streiten natürlich über einzelne Instrumente; das macht auch Sinn. Aber eine Sache muss von allen anerkannt werden – ich erwarte dies auch von der Opposition –: Europa hat sich eine feste Obergrenze für die CO<sub>2</sub>-Emissionen aus Energieversorgung und Industrieproduktion gesetzt.

(Fritz Kuhn [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]:  
Aber die Instrumente nicht!)

Sie darf nicht überschritten werden, egal ob die CO<sub>2</sub>-Zertifikate gratis oder per Auktionierung zugeteilt werden. Es ist eine feste Obergrenze festgelegt worden.

(Beifall bei der SPD)

Neben dieser festen Obergrenze wird selbst in den Bereichen, in denen es eine Gratzuteilung der CO<sub>2</sub>-Zertifikate gibt, mit der Orientierung an der bestverfügbaren Technologie – sprich: wer eine veraltete Anlage hat, muss zukaufen; wer besonders modern ist, muss nicht zukaufen – ein Anreiz gesetzt. Dieser Anreiz ist nicht nur für den Klimaschutz gut, sondern auch für die Effizienz der entsprechenden Branchen und damit für die Wettbewerbsfähigkeit. Wir setzen es als ein Innovationsförderinstrument ein. Klimaschutz und Wachstum liegen in einer Hand.

(Beifall bei der SPD)

Dazu passt natürlich, dass wir gesagt haben: Es bringt weder dem Klimaschutz noch den Arbeitsplätzen etwas, wenn wir denjenigen Branchen, die in einem starken **internationalen Wettbewerb** stehen, zumuten, dass sich

Ulrich Kelber

- (A) ihre Kosten durch den Kauf von CO<sub>2</sub>-Zertifikaten erhöhen, und die Produktion dann an anderer Stelle stattfindet. Dass wir diesen Weg gegangen sind, war richtig. Dies war die Position der Großen Koalition. Dies war die Position der SPD von Anfang an. Ich hätte mir trotzdem gewünscht, dass einige in Deutschland nicht zu sehr auf die Lobbyisten gehört hätten; denn einige wenige Ausnahmen hätten gut funktioniert und hätten dieses Instrument noch handlungsfähiger gemacht.

Aber der Dreh- und Angelpunkt der Ergebnisse des europäischen Gipfels ist die Entscheidung, dass die **Zertifikate** für die Stromerzeugung zu **100 Prozent** in Gesamtwesteuropa und bis 2020 aufwachsend dann auch in Osteuropa auktioniert werden. Diese Entscheidung schafft die große Möglichkeit, dass der bisher nur regional, nur in Teilen Nordamerikas stattfindende Emissionshandel auf die gesamten Vereinigten Staaten ausgedehnt wird. Allein dieses Ziel war es wert, so zu verhandeln. Damit kann die Energiewende konsequent fortgesetzt werden.

(Beifall bei der SPD)

Man muss offen über Geld sprechen. Die Versteigerung der Emissionszertifikate liefert uns das Geld, das wir brauchen, um die dringend notwendigen internationalen Projekte, die wir zugesagt haben, durchführen zu können. Das ist erstens wichtig, um die Schwellen- und Entwicklungsländer in den Klimaschutzprozess einzubinden. Das ist eine Frage der Solidarität; denn in dieser Welt leiden bereits heute Menschen unter dem Klimawandel, zum Beispiel in Afrika und Teilen Asiens, die selbst überhaupt keinen Beitrag dazu geleistet haben, dass es zu einer Temperaturveränderung der Atmosphäre gekommen ist. Deswegen ist es unsere Pflicht, diesen Menschen bei der Anpassung zu helfen und ihnen die Technologien zu liefern, die sie benötigen, um selber eine saubere Entwicklung zu durchlaufen.

(B)

(Beifall bei der SPD)

Die Versteigerung liefert uns zweitens Geld, das wir brauchen, um die nationalen Maßnahmen zur Förderung der Energieeffizienz und der erneuerbaren Energien verstärkt fortzusetzen. Seit zehn Jahren investieren wir in diesen Bereich. Das ist wichtig für die Volkswirtschaft. Dadurch wird Deutschland fit. So können neue Technologien entwickelt und die Energiekosten gesenkt werden.

Man muss aber auch darüber sprechen, dass es Emissionszertifikate bereits seit 2005 gibt. Sie werden von Kundinnen und Kunden der Energieversorger bezahlt. Bisher sind die Gewinne aber bei den großen Energiekonzernen wie Eon und RWE geblieben. Damit ist mit dem neuen Handel jetzt Schluss. Das Geld gehört den Menschen, den Kundinnen und Kunden und nicht den Besitzern einzelner Unternehmen. Deswegen war diese Entscheidung wichtig, und allein deswegen war der Klimagipfel in Brüssel ein Erfolg.

(Beifall bei der SPD)

Um über die Rolle Deutschlands zu sprechen: Am Ende war es die klare Haltung Deutschlands, die diese Entscheidung möglich gemacht hat. Deswegen möchte

ich mich bei der Bundeskanzlerin, beim Bundesaußenminister und beim Bundesumweltminister dafür bedanken, dass sie die Position „100 Prozent Versteigerung“ durchgehalten haben.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD)

Frau Bundeskanzlerin, Sie wissen aber, dass am Ende nur die SPD Ihre Position in dieser Frage unterstützt hat,

(Zurufe von der CDU/CSU: Oh!)

nicht Ihre eigene Partei. Weil ich wusste, dass es an dieser Stelle Lachen geben würde, habe ich mir die Zitate und die Zeitpunkte herausgeschrieben. Wir haben am 28. Mai im Deutschen Bundestag gemeinsam, SPD und CDU/CSU, 100-Prozent-Auktionierung beschlossen. Danach waren es Herr Glos, Herr Kauder, Herr Ramsauer, Herr Wulff, Herr Rüttgers und Herr Seehofer, die gefordert haben, von dieser 100-Prozent-Auktionierung abzuweichen.

(Christian Lange [Backnang] [SPD]: Aha!)

Ich hatte gehofft, dass wenigstens die Umweltpolitiker der CDU/CSU in der Debatte bei der 100-Prozent-Auktionierung bleiben. Nein, auch die stellvertretende Fraktionsvorsitzende Frau Reiche, zuständig für Umwelt, hat sich dafür ausgesprochen, die 100-Prozent-Auktionierung aufzugeben.

(Willy Wimmer [Neuss] [CDU/CSU]: Wir denken an die Arbeitsplätze!)

Gott sei Dank hat der Druck von Nichtregierungsorganisationen und Medien geholfen, dass sich diese Neupositionierung nicht durchgesetzt hat, sondern die 100-Prozent-Auktionierung gekommen ist.

(Beifall bei der SPD)

Europa hat gehandelt, als viele das der EU nicht mehr zugetraut haben. Europa hat gehandelt, als die Lobbyisten, die sich schon immer gegen Klimaschutzmaßnahmen ausgesprochen haben, die Finanzkrise als Ausrede missbrauchen wollten. Wir haben gehandelt, als es notwendig war, auf andere Druck auszuüben. Jetzt stellen wir fest, dass Investitionen in Klimaschutz eine doppelt so hohe Rendite erzielen. Sie bieten eine sichere Zukunft und ermöglichen eine schnellere Überwindung der Wirtschaftskrise. Zu diesem Weg gibt es keine Alternative. Es ist gut, dass wir ihn gegangen sind und weiter gehen.

Vielen Dank.

(Beifall bei der SPD sowie bei Abgeordneten der CDU/CSU)

**Präsident Dr. Norbert Lammert:**

Ich erteile das Wort dem Kollegen Rainer Steenblock, Bündnis 90/Die Grünen.

**Rainer Steenblock** (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN):

Herr Präsident! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Lieber Kollege Kelber, so sehr ich Sie als Kollegen, der sich sehr für Umweltpolitik engagiert, schätze, muss ich doch sagen: Die Rede, die Sie heute zur Bewertung des

(C)

(D)